

Rede

Kiel, 13.07.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Nachwuchssicherung an Beruflichen Schulen

Der Landtag hat sich mehrfach mit dem Thema "berufsbildende Schulen" befasst, sowohl mit der Situation der Schulen als auch mit dem Problem der Lehrerbedarfsplanung. Auch der Bildungsausschuss hat sich ausführlich mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Anträge dazu liegen dem Landtag zur Beschlussfassung vor.

Von daher war ich schon einigermaßen über diesen CDU-Antrag überrascht. Denn vieles von dem, was der Antrag fordert, ist meines Wissens bereits in Arbeit. Über die Zielsetzung des Antrages, nämlich neue Wege für Quereinsteiger zu ermöglichen, um die Nachwuchssicherung an Beruflichen Schulen zu sichern, sind wie uns alle einig.

Laut der Lehrerbedarfsprognose steigt der Bedarf an Lehrerstellen an den öffentlichen Schulen von derzeit 3.200 kontinuierlich bis zum Schuljahr 2009/10 um rd. 22% und beginnt erst ab dem Schuljahr 2010/11 langsam zu sinken. Der Einstellungsbedarf an den öffentlichen berufsbildenden Schulen wächst von ca. 90 im laufenden Schuljahr auf jährlich über 200 in den Schuljahren 2004 bis 2006.

Natürlich ist es klar, dass dieser Lehrermangel in den Berufsschulen nicht nur durch Quereinsteiger behoben werden kann, aber um die Potenziale auszuschöpfen ist es schon der richtige Weg.



Angesichts dieser Fakten hat sich dann auch der Bildungsausschuss mit der Erleichterung des Zugangs von qualifizierten Quereinsteigern bei den Berufsschulen befasst. So hat der Bildungsausschuss beschlossen, Bewerberinnen und Bewerber, die für den Vorbereitungsdienst über keine schulisch erworbene Hochschulzugangsberechtigung verfügen, entweder auf die Möglichkeit einer Fachhochschuleignungsprüfung für Externe hinzuweisen, oder es soll in einem Eignungsgespräch ermittelt werden, ob sie neben ihrer besonders hohen allgemeinen und beruflichen Qualifikationen über weitere allgemeine und fachliche Qualifikationen verfügen. Dieses Eignungsgespräch soll keine Prüfung sein.

Die CDU möchte mit ihrem Antrag noch einen Schritt weitergehen. Sie verlangt jetzt, wenn es notwendig ist, sogar die Lehrerlaufbahnverordnung zu verändern, damit die Möglichkeiten des Quereinstieges verstärkt genutzt werden können. Ziel soll es sein, insbesondere Hochschulabsolventen mit mehrjährigen Berufserfahrungen für den Schuldienst in den Berufsschulen zu werben.

Ich kann jetzt in der kurzen Redezeit nicht auf die Vorschläge der CDU im Einzelnen eingehen. Wir wissen, dass das Bildungsministerium an ähnlichen Zielsetzungen arbeitet. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir die Vorschläge konkret im Ausschuss mit Vertretern des Ministeriums diskutieren.

